Bericht des Landrats zur Kreistagssitzung am Dienstag, den 19. Juli 2022

Stabsbereich Landrat

Social Media-Plattform Facebook

Nach dem Gerichtsurteil zum behördlichen Umgang mit Facebook-Fanpages und der Aufforderung des hessischen Datenschutzbeauftragten, diese abzuschalten, sucht die Pressestelle des Rheingau-Taunus-Kreises nach einer Alternative zur Social Media Plattform Facebook. Aktuell testet die Pressestelle die dezentrale Plattform Mastodon. Dort kann ein Profil wahlweise auf einem eigenen oder auf einem bestehenden Server eingerichtet werden. Für Bundesbehörden wurde auf Mastodon vom Bundesbeauftragten für Datenschutz bereits ein eigener Server eingerichtet, auf Landes- oder kommunaler Ebene gibt es einen solchen offiziellen Server jedoch noch nicht. Unabhängig von der Serverentwicklung ist es aktuell fraglich, ob der Rheingau-Taunus-Kreis auf Mastodon eine annähernd vergleichbare Verbreitung digitaler Inhalte erreichen kann, wie es bis dato auf Facebook gelingt.

EDZ GmbH

Aufgrund der allgemeinen Liefersituation, unterbrochener Lieferketten und teilweise nicht verfügbaren Materialien wird die Beschaffung von Bauteilen und Ersatzteilen für die Heizungsanlagen erschwert. Die allgemeine Entwicklung der Energiepreise und der Verfügbarkeit von Energieträgern wird aufmerksam beobachtet.

Eigenbetrieb Abfallwirtschaft (EAW): Klageverfahren zur Durchsetzung des Anspruchs aus § 22 Abs. 4 Satz 1 VerpackG, Mitbenutzung PPK System

Die Betriebskommission des EAW hat in ihrer Sitzung am 17. Mai 2022 einstimmig beschlossen, die Empfehlung der beratenden Gesellschaft zur Erweiterung der anhängigen Klage gegen den DSD um die fünf „neuen“ Systeme zur Kenntnis zu nehmen und beauftragt die Betriebsleitung, nach Kenntnisnahme des Kreistags, die Klagerweiterung zu veranlassen. Der EAW und der Abfallverband Rheingau (im Folgenden: „AVR“) hatten am 16. April 2020 Klagen gegen acht der zu diesem Zeitpunkt operativ tätigen Systeme erhoben. Mit den Klagen wurden drei Klageanträge gestellt. Durch den ersten Klageantrag sollen die beklagten Systeme verpflichtet werden, im Rahmen des Abschlusses der Abstimmungsvereinbarung jeweils eine Willenserklärung abzugeben. Die Willenserklärung beinhaltet die Modalitäten, wie das für die Mitbenutzung der PPK Sammelstrukturen des EAW und AVR zu zahlende Mitbenutzungsentgelt berechnet wird. Der Klageantrag bezieht sich auf das Jahr 2019. Mit dem zweiten Klageantrag wird hilfsweise geltend gemacht, festzustellen, wie sich das PPK-Mitbenutzungsentgelt berechnet. Mit dem dritten Antrag wird hilfsweise ein Zahlungsantrag auf Entrichtung des PPK-Mitbenutzungsentgelts für das Jahr 2019 geltend gemacht. Mittlerweile gibt es fünf neue Systeme, diese sollen durch die Klagerweiterung in das anhängige Verfahren mit einbezogen werden.

ProJob Rheingau-Taunus GmbH

Der Geschäftsführer Martin Glaub wird nach mehr als fünf Jahren die ProJob zum 31. Dezember 2022 verlassen. Am 1. Oktober 2022 beginnt Frau Truda Ann Smith als zweite Geschäftsführerin und wird ab dem 1. Januar 2023 alleinige Geschäftsführerin der ProJob.

Die erzielten Arbeitsergebnisse haben sich in den vergangenen Jahren kontinuierlich verbessert. Damit leistet die ProJob neben dem JobCenter einen wichtigen Beitrag zur erfolgreichen (Wieder-)Eingliederung von arbeitslosen Bürgerinnen und Bürgern in den Ausbildungs- bzw. Arbeitsmarkt. Im Hessenvergleich liegt der RTK mittlerweile im guten Mittelfeld. Im Rahmen des Aktionsprogrammes „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ des BMFSFJ bietet die ProJob im Auftrag und in enger Zusammenarbeit mit dem RTK seit Mai 2022 ein mit zahlreichen Spielgeräten ausgestattetes Kinder- und Jugendmobil zur kostenfreien Ausleihe (bis August 2023) an. Die Buchung kann in Kürze direkt über die Website der ProJob www.projob-rtk.de erfolgen.

RTK Holding GmbH

Ende Mai erfolgte der Umzug der RTK Holding in die neuen Geschäftsräume in der Hahner Mitte. Die neue Geschäftsadresse lautet: Aarstraße 133a, 65232 Taunusstein. Die Telefonnummer wurde beibehalten. Vor 25 Jahren wurde die RTK-Holding am 4. Juli 1997 gegründet.

RTKT GmbH

Dominik Russler ist seit 1. Mai 2022 Geschäftsführer der RTKT GmbH als Nachfolger von Andrea Engelmann, die per 31. Dezember 2021 das Unternehmen verlassen hat.

Die Zusammenarbeit zwischen RTKT GmbH und Wiesbaden Congress und Marketing GmbH im Rahmen der Destination WIESBADEN RHEINGAU läuft erfolgreich. Viele Marketingmaßnahmen konnten bereits umgesetzt werden. Der Landeszuschuss für das Jahr 2021 wurde noch 2021 ausgezahlt. Für 2022 ist der Zuschuss bewilligt.

Aktueller Sachstand KWB-Projekte

Beteiligungsbericht 2020

Wie bereits in den vorangegangenen Berichten des Landrates zu Kreistagssitzungen mitgeteilt, konnte aufgrund einer weiterhin andauernden, personellen Vakanz in der Stabsstelle CO der Beteiligungsbericht noch nicht erstellt werden. Die Erstellung des Beteiligungsberichtes 2020 ist in Abhängigkeit der Nachbesetzung der vakanten Stelle bis Ende des Jahres 2022 zu erwarten.

Zensus 2022

Die Erhebungsstelle des Rheingau-Taunus-Kreises umfasst aktuell acht Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in zwei Büros aufgeteilt sind. Das Front-Office übernimmt alle organisatorischen Tätigkeiten und besetzt die Hotline für die Erhebungsbeauftragten und Auskunftspflichtigen, die um Beratung oder Aufklärung bitten. Auch das Beschwerde- u. Einzelfallmanagement in telefonischer oder schriftlicher Form nimmt einen großen Teil der zur Verfügung stehenden Zeit ein.

Im Back-Office wird hauptsächlich die Datenerfassung durchgeführt. Zu den Hauptaufgaben zählen derzeit die Entgegennahme von Erhebungsunterlagen der Erhebungsbeauftragten, die ihre Bereiche nach und nach abschließen und die Unterlagen zur Erhebungsstelle zurückbringen. Diese müssen dann sorgfältig geprüft, evtl. Rücksprache gehalten und dann schließlich erfasst werden. Hiermit sind aktuell drei Mitarbeiterinnen und ein Mitarbeiter beschäftigt. Zusätzlich werden Lieferpakete mit Papier-Fragebögen zusammengestellt, die dann vom HSL abgeholt und eingelesen werden.

Die aktuelle Feldphase, in der die Interviewer im RTK noch unterwegs sein werden, erstreckt sich noch bis zum 15. August 2022. Danach müssen alle Unterlagen und Bögen von den Erhebungsbeauftragten zurückgegeben worden sein. Um die Rückgabe für die Erhebungsbeauftragten einfacher zu gestalten, werden sogenannte Rückholtouren in die einzelnen Kreisgebiete organisiert, damit die Wegstrecken so gering wie möglich für alle sind. Parallel haben wir mit dem Mahnwesen begonnen, um die Auskunftspflichtigen auf ihre Auskunftspflicht beim Zensus hinzuweisen.

Außerdem läuft nun auch die Durchführung der Erhebungen in Gemeinschaftsunterkünften, in denen die jeweilige Einrichtungsleitung die Auskünfte für ihre Bewohner und Bewohnerinnen bzw. Patienten und Patientinnen erteilen muss. Auch hier wird das Team der RTK-EHST die Erhebungen im System einfügen, zuordnen und kontrollieren. Perspektivisch werden dann zwischen August und Oktober 2022 alle Dateneingänge zugeordnet, Existenzen der Personen geklärt und die Erhebungsbeauftragten abgerechnet.

Ausschreibung des Integrationspreises 2022

Der diesjährige Integrationspreis wurde Ende Juni 2022 ausgeschrieben. Die Ankündigung mit allen dazugehörigen Informationen, darunter der Bewerbungsbogen, sind auf der Homepage des Rheingau-Taunus-Kreises zu finden. Gleichzeitig wird die Ausschreibung über Facebook und Instagram beworben. Alle Kommunen des Rheingau-Taunus-Kreises haben darüber hinaus die Informations-Flyer per Post erhalten.

Machen Sie sehr gerne Werbung und ermuntern Sie die Bürgerinnen und Bürger zur Teilnahme! Wir hoffen auf rege Beteiligung. Bewerbungsschluss ist der 15. August 2022. Eine unabhängige Jury wird die drei Preisträgerinnen und Preisträger auswählen. Sie werden im Rahmen eines Empfanges in der Cafeteria des Kreishauses am 14. Oktober 2022 geehrt.

Förderung der Teilhabe von geflüchteten Frauen an der Gesellschaft - Start eines Sprachcafés für Frauen

Im nunmehr fünften Jahr bestehen in Taunusstein und Bad Schwalbach regelmäßige Gruppenangebote für geflüchtete Frauen. Die Koordination des Projektes „Teilhabe an der Gesellschaft im Rheingau-Taunus-Kreis – Frauen im interkulturellen Kontext“ ist in der Stabsstelle Vielfalt, Internationales und Projektakquise angesiedelt. Der Titel weist sehr gut auf die Zielsetzung des Projektes hin: Förderung von Teilhabe, Integration, Information, Begegnung,

gemeinsames Lernen und Kennenlernen der regionalen Strukturen. Eine finanzielle Förderung erfolgt aus Mitteln des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration.

Spracherwerb ist als großer Bedarf identifiziert. Gemeinsam mit der vhs Rheingau-Taunus e. V. als Sprachkursträger und dem Familienzentrum MüZe in Taunusstein als Veranstaltungsort wurde ein niedrigschwelliges Sprachkursangebot „Sprachcafé – Deutsch 4U“ gestartet.

Der Kurs war schnell gefüllt. Die Nachfrage ist größer als es die Kapazitäten zulassen. Es nehmen sechzehn Frauen aus verschiedenen Herkunftsländern teil. Sie kommen aus Afghanistan, Syrien, Eritrea, Tschetschenien, Rumänien, Ukraine, Somalia und Äthiopien. Ihre Kleinkinder dürfen die Frauen mitbringen. Eine Kinderbetreuung für größere Kinder ist nicht umsetzbar.

Um das Lernen der deutschen Sprache leichter und nachvollziehbarer zu gestalten, orientieren sich die zu vermittelnden Inhalte an den Alltagsthemen der Teilnehmerinnen.

Auch das Sprachcafé wird aus Mitteln des Landesprogrammes „MitSprache - Deutsch4U“ des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration gefördert.

ÖPNV – Bericht des Dezernenten Günter F. Döring

Fortsetzung der Finanzierung ÖPNV in Hessen: Nach wie vor ist die Finanzierung des ÖPNV in Hessen nicht gesichert, da seitens der Landesregierung gegenüber den Verbänden keine Finanzierungszusage vorliegt. Der bisherige Hinweis, der ÖPNV sei Aufgabe der Kommunen, würde zusätzlich und erheblich die Kommunen finanziell belasten oder zu massiven Einschnitten in den Verkehrsangeboten führen müssen. So kann keine Mobilitätswende gelingen.

Die Sonder- RMV-Tarifanpassung (Plateau-Anhebung) ist am 1. Juli 2022 mit rd. 3,9 Prozent in Kraft getreten. Diese Tariferhöhung ist faktisch nur auf „Einmalkunden“ ausgerichtet.

9-Euro-Ticket: Das 9-Euro-Ticket wurde vom 1. Juni 2022 bis zum 31. August 2022 jeweils ab dem 1. eines Monats eingeführt und ist ein voller Erfolg. Nach den Anlaufschwierigkeiten hat sich jetzt die Nutzung stabilisiert. Es gilt nicht für den Fernverkehr. Mit Stand 4. Juli 2022 sind von der RTV 11.997 Tickets verkauft worden.

Corona Maßnahmen: Nach wie vor gilt in Bussen und Bahnen die Maskenpflicht. Die RTV setzt alle Vorgaben des Landes Hessen um.

Bündelausschreibung 2022/2023: Die RTV-Gesellschafterversammlung hat am 22. Juni 2022 nach europaweiter Ausschreibung die Linienbündel vergeben. Dabei wurden die Vorgaben des Kreistages eingehalten, so z. B. die Berücksichtigung mittelständischer Busunternehmen hinsichtlich der Losgrößen usw. Zusätzlich konnte die Berufsschulen-Schnellverbindung Geisenheim-Taunusstein einbezogen werden. Hierüber wird der Kreistag noch gesondert informiert.

RTV-Umzug: Die RTV ist in ihr neues Domizil in die Hahner Mitte, Aarstr.133a in Taunusstein, umgezogen. Die Mobilitätszentrale dort wird künftig verlängerte Öffnungszeiten haben, werktäglich von 7:30 Uhr bis 17:00 Uhr.

Neuer RTV-Liniennetzplan: Unter www.netzplan-rtv.de kann jetzt ein kundenfreundlicher, interaktiver neuer Liniennetzplan aufgerufen werden. Fahrgäste können dort ihren Fahrtwunsch eingeben und sich den Verlauf der Fahrt anschauen. Dabei erhalten die Kunden auch Zusatzinformationen zu z. B. Freizeit und Tourismus. Bürgerinnen und Bürger können der RTV unter service@r-t-v.de Vorschläge zur Aufnahme weiterer Informationen machen.

Ausbau der Digitaltechnik: Sowohl der RMV als auch die RTV bauen die Nutzung der Digitaltechnik weiter aus. Das ist ein ständiger Prozess. Hierbei ist der RMV federführend, da er für

gleiche Bedingungen im Verbundgebiet mit den unterschiedlichen Verkehrsgesellschaften (LNOs) sorgen muss. Dabei ist für den Endbenutzer das Smartphone die Voraussetzung. Über das Smartphone können heute schon auf zahlreiche Apps zugegriffen und auch Fahrten gebucht werden. Ein Fernziel muss der bargeldlose Kauf von Fahrscheinen und die Abbuchung des Fahrpreises vom Kundenkonto für alle sein. Im neuen gemeinsamen Nahverkehrsplan mit der Stadt Wiesbaden werden Vorgaben zur Digitaltechnik gemacht, die auch für den Betrieb der Busse gelten.

Die RTV hilft - Transport der Gäste des „Rheingau Musik Festival“ gesichert: Nachdem die RTV über Probleme mit dem Transport der Gäste zum „Rheingau-Musik-Festival“ informiert wurde, konnte sie sehr schnell, unbürokratisch und ideenreich helfen. Die RTV akquirierte Busunternehmen, die den Transport kurzfristig übernehmen konnten. Auf Vermittlung und Vorschlag der RTV fährt jetzt das mittelständische Busunternehmen Engelhardt im Auftrag von ESWE-Verkehr die Gäste des RMFs von Wiesbaden zu ihren Konzerten.

Beschwerdemanagement: Nach wie vor ist die Zahl der die RTV betreffenden Beschwerden und Hinweise gering. Erklärt wird dies mit der Stabilität des RTV-Angebotes. Die RTV bittet, alle Hinweise in das Beschwerdemanagement-Verfahren ELMA einzugeben. Der Vorgang erhält eine Registriernummer, die oder der Einsender eine Eingangsbestätigung und auch später eine Antwort. Herr Geschäftsführer Brunke und Dezernent Döring besprechen alle vierzehn Tage alle eingegangenen Hinweise und die dann noch zu treffenden Maßnahmen.

ÖPNV-Fahrzeiten und Schulen: Mit der Bündelausschreibung gehen Verbesserungen auch für die Schulen einher, da sie wie die Kommunen für das Anforderungsprofil an die Bündelausschreibungen beteiligt wurden. Grundsätzlich werden die Taktzeiten verkürzt, im Berufsverkehr auf den ½-Stunden-Takt. Für die einzelne Schule gilt, dass sie zum Schuljahresbeginn ihre Anforderungen an das Schulamt richtet und das Schulamt diese mit den Schülerzahlen an die RTV meldet. Die RTV organisiert dann den Busverkehr unter Beachtung der Kapazitäten, Fahrstrecken-Mehrfachanbindungen (ein Bus fährt erst zu einer Schule, dann weiter zu einer anderen Schule) usw. Das wird auch im Fahrplan dargestellt. Und die Schulen erhalten Rückmeldung auf dem gleichen Wege. Das kann bei Veränderungen auch unterjährig erfolgen, z. B. zum kleinen Fahrplanwechsel oder auch ad hoc. Wichtig ist, dass die RTV alle Meldungen rechtzeitig erhält. Und die RTV überprüft auch an den Schulstandorten vor Ort die Pünktlichkeit, Kapazitäten usw. der Busse nach Möglichkeit ihrer vorgegebenen Personalkapazität.

Sichtbare Sicherheit: Das Projekt polizeibegleiteter Prüfungen an prägnanten ÖPNV-Haltepunkten wurde am 1. Juli 2022 mit der Landespolizei in Geisenheim fortgesetzt. Es gab eine vorläufige Festnahme und 21 Verstöße gegen die Beförderungsbestimmungen: So war in zehn Fällen das 9-Euro-Ticket abgelaufen und in acht Fällen wurde keine Maske getragen.

Ländchesbahn: Das BKA will 2026 seinen neuen Standort beziehen.

Machbarkeitsuntersuchung Aartalbahn

Am 30. Juni 2022 fand eine Sitzung der Arbeitsgruppe zur Reaktivierung der Aartalbahn statt, in der die Themen Fahrplangestaltung, Nutzerzahlen, Kreuzungsausbau und Einbindung in das übergeordnete Schienennetz diskutiert wurden. Ein weiteres Thema der Arbeitssitzung war der Zeitplan für die Erstellung der Machbarkeitsuntersuchung. Am 1. Juli 2022 hat das Bundesministerium für Verkehr die neue Version (2016+) der Standardisierten Bewertung von Verkehrswegeinvestitionen im öffentlichen Personennahverkehr veröffentlicht. Sie ist ab sofort Grundlage für eine anteilige Bundesförderung und den notwendigen Nachweis der Wirtschaftlichkeit nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz.

Die Arbeitsgruppe zur Aartalbahn hat sich darauf verständigt, die Machbarkeitsuntersuchung auf die neue standardisierte Bewertung umzustellen. Das bedeutet zwar eine überschaubare Erhöhung des Aufwandes und bedingt, dass die Ergebnisse der Machbarkeitsuntersuchung erst Ende des Jahres vorliegen werden. Diese Nachteile werden aber aufgewogen, weil die neue standardisierte Bewertung es eher als die bisherige möglich macht, die Wirtschaftlichkeit einer Strecke nachzuweisen und damit Fördermittel für die Reaktivierung zu erhalten.

ÖKOPROFIT in der Kreisverwaltung hat begonnen

ÖKOPROFIT ist ein von der Stadt Wiesbaden initiiertes und durchgeführtes Programm und Netzwerk für betrieblichen Umwelt- und Klimaschutz. Die Erwartungen an das Projekt aus Sicht des Rheingau-Taunus-Kreises sind:

- Entwicklung von Maßnahmen zur CO₂-Einsparung,
- Maßnahmen in Bezug auf das umweltfreundliche Beschaffungswesen,
- Steigerung der Akzeptanz für Klimaschutz- und Energiesparmaßnahmen bei den Beschäftigten in der Verwaltung und bei den politischen Entscheidungsträgern des Kreises.

Ein fachübergreifendes Projektteam wurde gegründet. Das Projekt wird extern von der Firma Arqum begleitet, die das Kreishaus bereits besucht hat. Erste Workshops haben stattgefunden. Das Projekt wird bis Mitte nächsten Jahres abgeschlossen sein.

Besser zur Schule

An dem Projekt der IVM (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain) „Besser zur Schule“ haben das Gymnasium Eltville, die Gutenberg-Realschule Eltville und die Walluftalschule teilgenommen. Ziel war die Erstellung eines Schulwegeplans für die Schulwegesicherheit. Das Institut „Mobilitätslösungen“ hat Pläne und Maßnahmen zur besseren Erreichbarkeit der Schulen vorgelegt. Damit ist das Projekt für die drei Schulen im Vorfeld der folgenden Umsetzungsschritte erfolgreich beendet.

Bundesfachplanung und Planfeststellung Ultranet

Die Bundesfachplanungsentscheidung zur Ultranetleitung wurde im Juni 2022 von der Bundesnetzagentur getroffen und liegt derzeit öffentlich aus. Bis auf den Bereich Hünstetten-Wallrabenstein wurden alle Verschwenkungsmöglichkeiten, die in mehrstufigen Verfahren erarbeitet und begründet wurden, von der Bundesnetzagentur bei der Bundesfachplanungsentscheidung außer Acht gelassen. Als Begründung auf Informationsveranstaltungen wird immer wieder die aktuelle politische Lage mit Gasknappheit aufgeführt. Der nächste Planungsschritt ist das Planfeststellungsverfahren, das am 19. Juli 2022 mit einer Antragskonferenz in Mainz beginnt.

Die kreisübergreifende Arbeitsgruppe Ultranet arbeitet weiter intensiv zusammen. Gemeinsam werden die Belange der betroffenen Kommunen bei der Antragskonferenz vorgebracht. In einem geplanten Workshop nach den Sommerferien wird es in der Arbeitsgruppe unter anderem darum gehen, wie die Klagemöglichkeiten gegen eine Planfeststellung am besten genutzt werden können. Dem Kreistag wird sodann der Vorschlag zum zielführenden Klageweg zur Entscheidung vorgelegt.

Zweckverband Welterbe Oberes Mittelrheintal

Am 27. Juni 2022 fand eine akademische Feier zum 20-jährigen Bestehen des Zweckverbands Welterbe Oberes Mittelrheintal statt. Im Rahmen dieser Feier wurde insbesondere das langjährige Engagement von Herrn Karl Ottes im Vorstand des Zweckverbandes gewürdigt.

Straßenausbaubeiträge; Berichtsantrag der FWG-Fraktion Nr. 17/22 vom 21. März 2022

Zur zeitlichen Verkürzung der Antwortlieferung und in Abstimmung mit dem Antragsteller werden die Berichtsfragen hier wie folgt beantwortet.

Frage 1: Was ist seit der Resolution bisher geschehen?

Bezüglich der Diskussion über die Erhebung bzw. das Absehen einer Erhebung von Straßenausbaubeiträgen und eine klare landesseitige Regelung inkl. Kostenübernahme ist in Ergänzung der Erklärung der siebzehn Bürgermeister der kreisangehörigen Kommunen im Rheingau-Taunus-Kreis vom 12. April 2019 und die unterstützende Beschlussfassung des Kreistags vom 18. Juni 2019 auf einen offenen Brief des Verbands Wohneigentum Hessen und der Arbeitsgemeinschaft der hessischen Bürgerinitiativen „Straßenbeitragsfreies Hessen“ im Juli 2019 an den hessischen Ministerpräsidenten und CDU-Landesvorsitzenden Volker Bouffier zu verweisen. Die zugehörige Berichterstattung ist online abrufbar unter <https://www.fuldainfo.de/gesetzesanderungen-bei-strassenbeitraegen-offener-brief-an-volker-bouffier/>, letzter Abruf: 7. Juli 2022, 11:45 Uhr.

Zuvor wurde Herr Ministerpräsident Bouffier am 26. Juni 2019 von Herrn Landrat Kilian angeschrieben (vgl. Anlage III).

Gemäß Berichterstattung vom Februar 2022 erheben immer weniger Kommunen hessenweit Straßenausbaubeiträge von ihren Einwohnern: <https://www.hessenschau.de/politik/weniger-hessische-kommunen-erheben-strassenbeitraege,kurz-strassebeitraege-100.html>, letzter Anruf: 7. Juli 2022, 11.48 Uhr.

Hinsichtlich der Vorlagenaussprache im Kreistag vom 18. Juni 2019 (vgl. Berichterstattung Wiesbadener Kurier vom 21. Juni 2019 - <https://www.wiesbadener-kurier.de/lokales/rheingau/landkreis/kreistag-fur-abschaffung-der-strassenausbaubeitraege-20228026>, letzter Zugriff: 7. Juli 2022, 11.53 Uhr, ist festzuhalten, dass dem Ansinnen, „[d]er Kreis könne einen Beitrag zur Finanzierung leisten, indem er die Kreis- und Schulumlage niedrig halte. Mit diesem Geld könnten die Kommunen dann Straßen bauen“, in den seither erfolgten Haushaltsbeschlüssen erfolgreich und konsequent gefolgt wurde. Die kumulierten Hebesätze des Rheingau-Taunus-Kreises liegen seit Jahren erheblich unter den hessenweiten Mittelwerten.

Frage 2: Hat es Gespräche zwischen Landkreis und Landesregierung über mögliche Unterstützung kommunaler Straßensanierung gegeben? Wenn ja, wann fanden die Gespräche statt und was war deren Inhalt?

Auf o. s. und als Anlage III beigefügtes Schreiben vom 26. Juni 2019 liegt bis zum heutigen Tage kein Antwortschreiben oder Kontaktaufnahme durch die hessische Landesregierung vor. Ein Gesprächsangebot etc. wurde ebenso bisher nicht unterbreitet. Herr Landrat Kilian hatte den Sachverhalt in den Gremien des Hessischen Landkreistags thematisiert. Auf die weitere Entwicklung wird durch Herrn Kilian bei allen geeigneten Gelegenheiten im Sinne der Kreistagsbeschlussfassung eingewirkt.

Frage 3: Gab es einen Schriftwechsel zwischen dem Landkreis und der Landesregierung zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge? Wenn ja, von wann sind diese Schreiben und was ist deren Inhalt?

Siehe Antworten auf Fragen 2 und 3.

Frage 4: Welche Kommunen im RTK erheben derzeit Straßenausbaubeiträge und welche nicht?

Siehe Erhebung des Bundes der Steuerzahler Hessen e.V. (Anlage IV). Weitergehende Erhebungen - insbesondere über die Abrechnungsmodalitäten - liegen nicht vor.

Frage 5: Welche Abrechnungsmodalitäten wenden die Kommunen an, die Straßenausbaubeiträge erheben?

Siehe ebd. Anlage IV

Frage 6: In welchen Kommunen sind seit 2019 Straßenerneuerungen durchgeführt worden, die über Straßenausbaubeiträge teilweise finanziert wurden? Wie hoch war die Kostenbeteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei den jeweiligen Maßnahmen in Summe?

Diese Informationen werden bei der Kreisverwaltung nicht erhoben oder vorgehalten.

Fachbereich I - Zentrale Steuerung

Schwimmunterricht an den langen Wochenenden Christi Himmelfahrt, Pfingsten und Fronleichnam

Auf Initiative der Schulsportkoordinatorin hat der Rheingau-Taunus-Kreis an den langen Wochenenden dieses Jahres (Christi Himmelfahrt, Pfingsten, Fronleichnam) zusätzlichen Schwimmunterricht für Grundschülerinnen und Grundschüler in den Freibädern des Rheingau-Taunus-Kreises organisiert. Beteiligt haben sich die Freibäder in Aarbergen-Michelbach, Bad Schwalbach, Eltville und Rüdesheim am Rhein.

In Michelbach nahmen 80 Kinder, in Bad Schwalbach 36 Kinder, in Eltville 97 Kinder und in Rüdesheim 24 Kinder am Schwimmunterricht teil, insgesamt also 237 Kinder. 24 Plätze blieben durch kurzfristige Absagen frei.

Die Organisation des zusätzlichen Schwimmunterrichtes stellte sich als sehr zeitaufwändig und diffizil dar. Unter anderem war dies der falschen Annahme, dass die Organisation der erforderlichen Schwimmlehrer bereits im Vorfeld durch die Schulsportkoordinatorin stattfinden könnte, geschuldet. Hierdurch entstand eine enorme Kurzfristigkeit der Organisation, was zu vielen Fragen der Eltern und Schulen führte. Auch die Einteilung der Kinder in die jeweiligen Schwimmbäder an den verschiedenen Wochenenden war sehr zeitintensiv.

Insgesamt überstieg die Nachfrage die vorhandenen Kapazitäten immens. Lediglich etwa die Hälfte der von den Schulen gemeldeten Schülerinnen und Schüler erhielten einen Platz für den Schwimmunterricht. Die durch die Absagen freien Plätze konnten wegen der Kurzfristigkeit allerdings nicht nachbelegt werden.

Je nach Wochenende, nahmen die Kinder an insgesamt zwei bis maximal vier Schwimmstunden à 45 Minuten teil. Es war nicht möglich, dass in einer solchen Zeit alle Kursteilnehmer das Schwimmen erlernen. Nach Aussage eines Schwimmlehrers können bis zu 14 Stunden pro Kind erforderlich sein, um das Schwimmen vollständig zu beherrschen.

Die Unterrichtsstunden wurden von drei Schwimmlehrern durchgeführt. Die Gesamtkosten inkl. Eintrittsgelder beliefen sich auf rd. 12.000 Euro.

Die Resonanz insgesamt war positiv. Das Feedback der Schwimmlehrer war, dass alle Kinder intensive und lehrreiche Stunden erlebt haben. Positiv zu vermerken war auch, dass die Eltern dabei sein konnten, so dass diese die Übungen kennenlernten und mit Ihren Kindern weiterhin trainieren können.

Insgesamt wurde die Initiative, den Kindern kostenfrei zusätzlichen Schwimmunterricht zu ermöglichen, sowohl von den Eltern als auch von den Schwimmlehrerinnen und Schwimmlehrern sehr positiv anerkannt. Die Schwimmschule Rheingau bietet in den ersten beiden Sommerferienwochen Crash-Schwimmkurse für Schwimmanfängerinnen und Schwimmanfänger im Waldschwimmbad Niedernhausen an.

Sachstand Intensivklassen zum 8. Juli 2022

Grundschulen

Schulname	Anzahl der Klassen	Anzahl der Plätze	Anzahl der SuS	freie Plätze
Freiherr-vom-Stein-Schule	1	16	14	2
Grundschule Hallgarten	1	16	23	-7
IGS Obere Aar	2	32	17	15
Sonnenblumen-Schule	1	16	11	5
Taubenbergsschule	1	16	18	-2
Theiβtalschule	1	16	14	2
Wiedbachschule	2	32	20	12
SUMME:	9	144	117	27

Sek I Rheingau-Taunus-Kreis

Schulname	Anzahl der Klassen	Anzahl der Plätze	Anzahl der SuS	freie Plätze
Aartalschule	1	19	14	5
Gesamtschule Wallrabenstein	1	19	21	-2
Gutenbergschule	2	38	38	0
Gymnasium Eltville	2	38	37	1
Gymnasium Taunusstein	3	57	57	0
Hildegardisschule	3	57	71	-14
IGS Obere Aar	2	38	38	0
Limesschule	3	57	50	7
Nikolaus-August-Otto-Schule	3	57	62	-5
Theiβtalschule	1	19	21	-2
SUMME:	21	399	409	-10

Sachstand Generalsanierung Waldbachschule Eltville-Hattenheim

Die Baugenehmigung für die Raumcontainer (Interimslösung) wurde mittlerweile erteilt. Sie ist mit brandschutztechnischen Auflagen verknüpft, die derzeit vom Brandschutzgutachter abgearbeitet werden. Die Ausschreibung der Containeranlage und der vorbereitenden Maßnahmen erfolgt kurzfristig. Die Aufstellung soll im Herbst erfolgen. Die Genehmigungsplanung für die Sanierung des Schulgebäudes ist nahezu abgeschlossen. Bis Ende Juli soll der Bauantrag eingereicht sein, so dass die Ausschreibungen hierfür im Spätherbst beginnen können.

Übergang Klassen 4 nach 5

Im SBS am 7. Juli 2022 wurde zum Übergang der Klassen 4 nach 5 berichtet. Der Bericht ist dem SBS-Protokoll vom 8. Juli 2022 beigefügt.

Fachbereich II - Leistungsverwaltung

Kommunales Job Center

Die Arbeitslosenquote im Rheingau-Taunus-Kreis lag im Juni 2022 mit 3,8 Prozent weiterhin unter der landesweiten Quote von 4,6 Prozent und der bundesweiten Arbeitslosenquote von 5,2 Prozent. Die Arbeitslosenquote von 3,8 Prozent ist gegenüber Mai 2022 gleichgeblieben. Die Zahl der arbeitslosen Personen hat sich insgesamt um 28 Personen von 3.758 auf 3.786 Personen erhöht. Gegenüber dem Vorjahresmonat Juni 2021 hat sich die Arbeitslosenquote um 0,6 Prozent reduziert.

Im Juni 2022 konnte am Anstieg der Zahlen der Bedarfsgemeinschaften, der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten und der zu betreuenden Personen die ersten Auswirkungen des Beschlusses des Bundeskanzlers und der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder am 7. April 2022 über den Rechtskreiswechsel der hilfebedürftigen ukrainischen Geflüchteten vom AsylbLG in das SGB II erkannt werden. Im Monatsbericht Juli 2022 wird sich dieser Rechtskreiswechsel noch deutlicher widerspiegeln. Dies wird sich in den Folgemonaten auch in der Arbeitslosenquote SGB II abbilden.

Im Bereich des SGB II erhöhte sich die Zahl der arbeitslosen Personen im Juni 2022 gegenüber dem Vormonat um 39 Personen auf 2.332 Personen. Die Arbeitslosenquote SGB II verblieb bei 2,3 Prozent.

Im Juni 2022 betreute das Kommunale Job Center 4.105 Bedarfsgemeinschaften mit 8.479 Personen. Damit hat sich die Zahl der Bedarfsgemeinschaften gegenüber dem Vormonat um 161 Bedarfsgemeinschaften und 317 Personen erhöht. Die Zahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten innerhalb der Bedarfsgemeinschaften ist im Vergleich zum Vormonat um 181 Personen auf 5.854 Personen gestiegen. Die Zahl der zu betreuenden Bedarfsgemeinschaften lag im Juni 2022 wieder über der Marke von 4.000 Bedarfsgemeinschaften.

Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften lag im Juni 2022 noch um 269 Bedarfsgemeinschaften unter der Zahl des Vorjahresmonats mit 4.374 Bedarfsgemeinschaften. Bei den erwerbsfähigen Leistungsberechtigten ist gegenüber dem Vorjahresmonat eine Abnahme um 360 Personen zu verzeichnen. Die Zahl der arbeitslosen Personen im SGB II hat im Vergleich von April 2021 zu April 2022 um 215 abgenommen.

Jugendbildungswerk

Die Berlinfahrt war ein großer Erfolg, es sind 30 Jugendliche aus dem RTK mitgefahren. Neben dem Besuch von Hohenschönhausen, Madame Tussauds, dem Holocaust-Denkmal, dem Brandenburger Tor und einer virtuellen Fahrt durch das geteilte Berlin der 80er Jahre wurde die Gruppe im Bundestag von Herrn Alexander Müller MdB im Fraktionssaal der FDP begrüßt. Sie hatte dort die Möglichkeit Fragen zu stellen. Rückmeldungen der Teilnehmenden waren durchweg positiv. Die noch anstehenden Fahrten für dieses Jahr (Games-com, Europapark) sind ausgebucht. Für die Fahrt in die Niederlande sind noch wenige Plätze frei.

Sachstand Demokratie leben!

- Förderung eines Projekts für Kindergarten – und Grundschulkindern zum Thema „Angriffskrieg in der Ukraine“.
- Förderung eines Jugendbeteiligungsfestivals am 17. und 18. September 2022.
- Ab Oktober 2022 Förderung eines monatlich stattfindenden Demokratiekinos und eines interkulturellen Familienfestes in der Abenteuerfarm Aarbergen e.V.

Das Jugendforum von *Demokratie leben!* vergrößert sich stetig; aktuell besteht es aus zehn Mitgliedern.

Koordination Schulsozialarbeit

Die Vergabe für die Einführung von Schulsozialarbeit an weiteren sechs Grundschulen wird gerade durchgeführt. Nach den Herbstferien 2022 soll Schulsozialarbeit an der Grundschule Hallgarten, der Johannes-de-Laspée-Schule, der Grundschule Auf der Au, der Taubenbergschule, der Alteburgschule und der Wörsbachschule beginnen.

Erziehungsberatung

Die Jugend- und Familienberatungsstelle in Rüdesheim veranstaltet am 7. September 2022 einen Fachtag anlässlich des zwanzigjährigen Jubiläums (20 Jahre EB in Rüd) zum Thema „Raum und Beratung“ in der Alten Brennhalde der Asbach-Werke. Es finden zwei Vorträge statt: „Zur Bedeutung von persönlicher Präsenz in Beratung und Therapie“ von Prof. Eirund sowie „Zur gelingenden Kooperation im Sozialraum“ von Colin Paterson. Eingeladen sind interne und externe Kooperationspartner.

Gesundheitsverwaltung

In Deutschland sind zum Stichtag 11. Juli 2022 1.556 Fälle von Affenpocken registriert worden. Das Gesundheitsamt bereitet sich darauf vor, dass auch im Rheingau-Taunus-Kreis Fälle auftreten. 60 Dosen tiefgekühlter Impfstoff sind mittlerweile eingetroffen und werden im Impfzentrum in Eltville gelagert. Die Impfungen sollen durch den öffentlichen Gesundheitsdienst erfolgen.

Stabsstelle Gesundheitskoordination

Vorbereitung „Letter of Intent“ - Kooperation Kassenärztliche Vereinigung Hessen - Rheingau-Taunus-Kreis: Die KV Hessen fertigt zurzeit eine Analyse zur Hausarztversorgung im Rheingau-Taunus-Kreis. Ein Gespräch mit der KV Hessen dazu und zu weiteren denkbaren, gemeinsamen Schritten wird im August 2022 erfolgen.

Austauschtreffen der Gesundheitskoordinatoren mit dem Hessischen Ministerium für Soziales und Integration: Das HMSI lud am 7. Juni 2022 zu einem Austauschtreffen der hessischen Gesundheitskoordinatoren nach Wiesbaden ein. Vertreten waren neben dem Rheingau-Taunus-Kreis der Landkreis Marburg-Biedenkopf, der Odenwaldkreis, Waldeck-Frankenberg, Darmstadt, der Kreis Bergstraße, der Vogelsbergkreis, der Schwalm-Eder-Kreis, der Landkreis Kassel sowie der Main-Kinzig-Kreis. Nach einem Vortrag zum Thema „Förderbestimmungen Versorgungsstrukturen“ (mit praktischen Hinweisen für Antragstellungen) gab es einen Vortrag „Pilotprojekt Main-Kinzig-Kreis; Interkommunales Projekt von vier Gemeinden“ der dortigen Gesundheitskoordinatorin. Herausforderungen in interkommunalen Versorgungsprojekten wurden anschließend diskutiert.

Förderprojekt „Entwicklung eines sektorenübergreifenden Entlassmanagements“: Das im Jahr 2019 vom St. Josefs-Hospital Rheingau, dem Ärztenetzwerk Gesundheitsnetz Rheingau e. V. und dem Hessischen Ministerium für Soziales und Integration gestartete Förderprojekt zur Entwicklung eines sektorenübergreifenden Entlassmanagements wird aktuell zusammen mit 80 niedergelassenen Vertragsärzten im Rheingau-Taunus-Kreis erfolgreich umgesetzt. Es geht darum, ein geplantes und strukturiertes Vorgehen bei der Übergabe eines Patienten aus der akutstationären Versorgung an andere Leistungserbringer im Nachsorgebereich bzw. der ambulanten Versorgung zu gewährleisten und damit langfristig die Versorgungsqualität zu steigern. Die wissenschaftliche Evaluation wird durch die EBS Universität für Wirtschaft und Recht begleitet. Bei der Pressekonferenz mit Herrn Staatsminister Kai Klose wurden am 8. Juni 2022 in Oestrich-Winkel Ergebnisse des ersten wissenschaftlichen Evaluationsberichtes 2019/2020 auf dem Campusgelände der EBS, Universität für Wirtschaft und Recht, vorgelegt.

Qualifizierungsreihe Gesundheitskoordinatoren: Das Hessische Ministerium für Soziales und Integration lud am 14. und 15. Juni 2022 zum 2. Modul der „Qualifizierungsreihe Kommunale Gesundheitskoordination (GeKo) in Hessen“ Vertreterinnen und Vertreter hessischer Landkreise und Städte auf dem mediacampus frankfurt ein. Der analoge Workshop in Frankfurt beschäftigte sich mit den Themen Kommunikation, Projekt- und Netzwerkmanagement.

Kooperation Rheingau-Taunus-Kreis / Helios Klinik Idstein: Am 25. Juli 2022 bietet die Geschäftsführung der Helios Klinik Idstein leitenden Fachkräften des Rheingau-Taunus-Kreises eine Führung in den neuen Räumlichkeiten der Kinderklinik Helios Dr. Horst Schmidt Kliniken Wiesbaden an und lädt zu einem anschließenden Gespräch mit dem künftigen Leitungsteam der Kinderklinik ein. Die vorgesehene Einladung niedergelassener Kinderärzte aus dem Rheingau-Taunus-Kreis am 21. September 2022 wird an diesem Tag inhaltlich vorbereitet.

Kooperation Rheingau-Taunus-Kreis / Stadt Bad Schwalbach: Der Fachtag "Gesundheit und Pflege" am 17. November 2022 in Bad Schwalbach nimmt Gestalt an. Regionale Kliniken werden eingebunden. Erste Referenten und Referentinnen sind eingeladen.

Fachbereich III – Ordnungsverwaltung

Digitalisierung in der Ausländerbehörde

Nachdem inzwischen 90 Prozent der etwa 25.000 Papierakten vom Scan-Dienstleister abgeholt wurden, geht nun die Umstellung in die finale Phase. Zum jetzigen Zeitpunkt ist mit der vollständigen Produktion der Digitalisate und der Einspielung ins Fachverfahren im Spätsommer 2022 zu rechnen.

Ukraine - Erteilung von Aufenthaltstiteln

Für einen sicheren Rechtskreiswechsel von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz ins SGB II und XII wurden, nach Vordrucklieferung der Bundesdruckerei, für alle bis Ende Mai 2022 registrierten ukrainischen Schutzsuchenden nachträglich formelle Fiktionsbescheinigungen als vorläufigen Aufenthaltstitel ausgestellt. Darüber hinaus konnten inzwischen auch über 1.400 Aufenthaltslaubnisse nach § 24 Aufenthaltsgesetz erteilt werden.

Untere Naturschutzbehörde

Der Landschaftspflegeverband Rheingau-Taunus e.V. wurde mit Schreiben vom 12. Juli 2021 seitens der Unteren Naturschutzbehörde gebeten, eine Arbeitsgruppe „Wolf und Wildtierhaltung“ – gemäß Kreistagsbeschluss vom 29. Juni 2021 – einzurichten. Am 7. Juni 2022 wurde die Untere Naturschutzbehörde durch den LPV darüber informiert, dass derzeit die Teilnehmenden für die Arbeitsgruppe zusammengestellt werden. Die erste Sitzung soll im III. Quartal 2022 durchgeführt werden. Derzeit liegt noch kein Arbeitsbericht vor.

Brand- und Katastrophenschutz

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bereiches Brand- und Katastrophenschutz sind weiterhin in der Notunterkunft Geisenheim, Dr. Schrammstraße 2, in Amtshilfe für den Fachdienst Migration in den Bereichen Organisation und Logistik tätig. Des Weiteren finden unterstützende Tätigkeiten im Bereich des Vorbeugenden Brandschutzes sowie Begehungen von Objekten zur Unterbringung geflüchteter Menschen statt.

Abwehrender Brandschutz

Der Bedarfs- und Entwicklungsplan des Rheingau-Taunus-Kreises wurde erstellt und den Kommunen vorgestellt. Derzeit liegt die Entwurfsfassung dem Regierungspräsidium in Darmstadt zur weiteren Abstimmung vor.

Leitstelle

Der Umbau der Leitstelle stockt. Wichtige technische Komponenten sind momentan nicht lieferbar und können nicht vom Land Hessen beschafft werden. Die vom Kreis selbst ausgeschriebenen Aufträge an Umbauarbeiten werden, soweit möglich, sukzessive ausgeführt. Erste Firmen wollen von ihren Angeboten zurücktreten. Die gesamten Umbauarbeiten sind jedoch eng miteinander verzahnt und können deshalb nicht wie geplant erfolgen.

Bauaufsicht, Denkmalschutz

Die Untere Bauaufsichtsbehörde des Rheingau-Taunus-Kreises wird in dem Projekt „Digi-BauG“ die elektronische Bauantragstellung und -bearbeitung testen. Es wird eine Person im Umfang von fünf Wochenstunden und eine Vertretung eingebunden sein. Die „ekom 21“ organisiert, in Absprache mit dem HMWEVW, die Lieferung der Software. Kosten entstehen dem Landkreis keine.

Untere Fischereibehörde

Hessenweit bieten die Unteren Fischereibehörden nach wie vor wenig Termine zur Ablegung der Fischereiprüfung an. Jede Behörde sollte eine Prüfung im Jahr anbieten. Im Rheingau-

Taunus-Kreis wurden bereits drei große Prüfungen mit über 100 Prüflingen erfolgreich durchgeführt. Corona-bedingte Rückstände konnten im Rheingau-Taunus-Kreis aufgeholt werden.

Fahrerlaubnisbehörde

Vom 1. Januar 2022 bis 30. Juni 2022 wurden 3.154 Anträge auf Umtausch bearbeitet. Im gesamten Jahr 2021 waren es zum Vergleich 3.595 Anträge. Das Team erhält weiterhin Unterstützung durch Kolleginnen und Kollegen aus anderen Fachdiensten. Die Ausgabe der Führerscheine ohne Terminvereinbarung erfolgt bis auf Weiteres über die Infotheke des Kreishauses. Die Wartezeiten bei den Onlineterminen betragen weiterhin etwa 8 Wochen. Zwei langzeiterkrankte Mitarbeiterinnen befindet sich wieder im Dienst.

Verkehrsbehörde

Neben den Anordnungen der verkehrssichernden Maßnahmen für Baustellen im Rheingau-Taunus-Kreis wurden verkehrssichernden Maßnahmen für die Veranstaltungen Magic Bike, Rhein in Flammen, Erdbeerfest Eltville-Erbach und Bürgerfest in Taunusstein bearbeitet und angeordnet.

Kreisstraßen – Bericht des Dezernenten Thomas Wieczorek

K 691: Die abschnittsweise Erneuerung der Fahrbahndecke zwischen Idstein-Wörsdorf und Hünstetten-Wallbach ist abgeschlossen. Beim Brückenbauwerk wurde festgestellt, dass die Betonabdichtung schadhaft ist. Der DB AG, die das Brückenbauwerk im Zuge der Neubau-strecke vor über 20 Jahren dem Rheingau-Taunus-Kreis übertragen hat, wird der versteckte Mangel angezeigt, damit die DB AG bei einer späteren Sanierung der Betonabdichtung die Kosten trägt.

K 634: Der zweite Bauabschnitt zwischen der Zanger Straße und der Hattenheimer Straße wurde begonnen. Die Arbeiten laufen planmäßig.

K 711: Der Baubeginn zum grundhaften Ausbau zwischen der L 3026 und Idstein-Dasbach wurde um eine Woche auf den 11. Juli 2022 verschoben. Die Arbeiten werden von der Firma STRABAG durchgeführt.

K 699: Der grundhafte Ausbau zwischen Taunusstein-Orlen und B 417 mit Neubau eines Rad-/Gehweges liegt im Plan. Die Arbeiten werden voraussichtlich Mitte August 2022 beendet sein.

K 642: Der Antrag auf Befreiung von der Plangenehmigung und Planfeststellung zur Erlangung des Baurechts für den Ausbau des Rad-/Gehweges zwischen Eltville und Martinsthal wird von Hessen Mobil bearbeitet, so dass davon ausgegangen werden kann, dass die Vergabe des Bauauftrages noch in diesem Jahr erfolgt.

Bad Schwalbach, 19. Juli 2022

Frank Kilian
Landrat

ANLAGE I: Bericht über die Arbeit des Krisenstabes zur Bekämpfung des Corona-Virus im Rheingau-Taunus-Kreis

Derzeitige Mitglieder des Krisenstabes und Fachberater für den jeweiligen Bereich:

- Herr Landrat Kilian
- Herr Erster Kreisbeigeordneter Willsch
- Herr Schardt, Fachbereichsleiter Zentrale Steuerung
- Frau Schmidt, Fachbereichsleiterin Leistungsverwaltung, Leitung des Krisenstabes
- Frau Pendelin, stellvertretende Fachbereichsleiterin Ordnungsverwaltung
- Herr Bachmann, Leiter des Stabsbüros des Landrates
- Frau Dr. Wilhelm, Leiterin des Gesundheitsamtes
- Frau Seifert, stellvertretende Leiterin des Gesundheitsamtes
- Herr Rossel, Fachdienstleiter Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst
- Herr Oswald, stellv. Fachdienstleiter Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst
- Herr Dr. Zehler, Pressesprecher der Verwaltung
- Frau Dorn, Vertreterin der Pressestelle für Social Media und Homepage
- Frau Witzel und Frau Grund-Thorn, Vertreterinnen des Bürgertelefons
- Herr Krähling und Herr Engelbach für die Schriftführung

Der Krisenstab wird jede zweite Woche durch die Kompetenzen externer Fachberater zum Verwaltungsstab erweitert. Zusätzlich nehmen am Verwaltungsstab teil:

- Herr Bürgermeister Zapp bzw. Herr Bürgermeister Oberndörfer als Vertreter der Bürgermeister im Landkreis
- Herr Kriminalhauptkommissar Heßberg als Vertreter der Polizeidirektion

Die Vertreter der Bundeswehr und des THW nehmen seit dem Beginn der Sommerferien 2020 nicht mehr an den Sitzungen des Verwaltungsstabes teil.

Seit der Einrichtung bis zum Berichtsdatum hat der Krisenstab 275 und der Verwaltungsstab 97 Sitzungen absolviert. Seit der 20. Kalenderwoche 2022 tagt der Krisenstab nur zweimal wöchentlich, in 14-täglichem Rhythmus um den Verwaltungsstab ergänzt.

1. Information und Beratung der Bürgerinnen und Bürger

Das bereits im Februar 2020 eingerichtete Corona-Bürgertelefon wird seit Anfang Mai 2022 nicht mehr unterhalten, sondern im Rahmen der normalen telefonischen Erreichbarkeit des Gesundheitsamtes und der Bürgerbeauftragten bedient, nachdem das Aufkommen an Anrufen und das öffentliche Interesse sehr stark zurückgegangen sind.

2. Öffentlichkeitsarbeit

Im Krisenstab wird auch die Pressearbeit zum Thema Corona koordiniert und die Bevölkerung über die aktuellen Geschehnisse informiert. Dabei besteht der Anspruch, zeitnah und transparent zu informieren, um Gerüchten und Spekulationen vorzubeugen.

Seit der 16. Kalenderwoche werden die Infektionszahlen, die 7-Tage-Inzidenz und die Anzahl der durchgeführten Impfungen nur noch einmal pro Woche mittwochs veröffentlicht. Seit Beginn des Krieges in der Ukraine hat das öffentliche Interesse an der Corona-Pandemie deutlich nachgelassen. Trotzdem sind die Berichterstattungen im Internet erhalten geblieben: Auf der Homepage ist ein gesamter Bereich zum Thema Corona angelegt, in dem die Bürgerinnen und Bürger viele nützliche Informationen und auch Impftermine finden. In den Social Media wird ebenfalls transparent über die aktuellen Ereignisse zum Thema Corona berichtet. Aus dem daraus entstehenden Dialog mit den Bürgerinnen und Bürger konnte eine direkte Schnittstelle zum Krisenstab aufgebaut werden.

3. Absonderung von erkrankten Personen und Ermittlung von Kontaktpersonen

Der Bericht des Gesundheitsamtes eröffnet jede Sitzung des Krisenstabes und beschreibt das aktuelle Infektionsgeschehen, wobei ein besonderes Augenmerk auf betroffene Einrichtungen wie Alten- und Pflegeheime, Gemeinschaftsunterkünfte, Schulen oder Kindertagesstätten gelegt wird. Das Gesundheitsamt konzentriert sich hier auf die Erfassung der Neuinfektionen in den Meldesystemen des RKI und auf die Kontaktierung der infizierten Personen und ggf. ihrer Familien in den o.g. Einrichtungen. Darüber hinaus wird die Öffentlichkeit darauf hingewiesen, wie sich gemäß der Verordnungslage des Landes Hessen infizierte Personen zu verhalten haben. Die Höchstzahl der Neuinfektionen verzeichnete der RTK am 17. März 2022 mit 721, der Höchststand in der 7-Tage-Inzidenz betrug 1.768,0 am 7. Februar 2022. Mittlerweile ist die Anzahl der Neuinfektionen nach einem zwischenzeitlichen Absinken wieder deutlich angestiegen und bewegt sich um die 300 Neuinfektionen täglich, wodurch die 7-Tage-Inzidenz im Rheingau-Taunus-Kreis seit dem 24. Juni 2022 wieder auf über 1.000 gestiegen ist.

4. Umsetzung der Verordnungen der Landesregierung zur Bekämpfung des Corona-Virus und die eigenen Allgemeinverfügungen des Rheingau-Taunus-Kreises

Ein wichtiger Schwerpunkt der Arbeit in den Stäben ist die inhaltliche Besprechung der inhaltlichen Umsetzung der Verordnungen zur Bekämpfung des Corona-Virus, welche das Land Hessen auf Basis des Infektionsschutzgesetzes als Rechtsverordnung erlassen hat. Zuletzt wurde am 29. März 2022 die Corona-Basischutzverordnung erlassen, welche die Schutzmaßnahmen auf ein Mindestmaß reduzierte und viele bis dahin geltende Regelungen entfielen. Die Verordnung ist mit minimalen Veränderung aktuell am 22. Juni 2022 bis zum 19. Juli 2022 verlängert worden. Gemäß aktueller Mitteilung des Hessischen Landkreistages soll sie ohne große Änderungen erneut verlängert werden.

5. Betrieb der Impfstationen und der mobilen Impfteams zur Fortsetzung der Impfkampagne im Rheingau-Taunus-Kreis

Seit dem letzten Bericht ist die Anzahl der täglichen Impfungen, die durch das Impfteam durchgeführt wurden, weiter zurückgegangen. Der Betrieb der Impfstation in Eltville erfolgt weiterhin mit nur einem Team. Zur Zeit werden wöchentlich ca. 100 Impfungen durchgeführt. Im Juni 2022 sind insgesamt 358 Impfungen durchgeführt worden, dabei vorwiegend (229) in Eltville.

Seit Anfang Mai 2022 ist nur noch ein mobiles Impfteam im Rheingau-Taunus-Kreis tätig, das die täglich erwünschten Impfungen ohne vorherige Terminabsprache gut bewältigen kann. Das mobile Impfteam arbeitet an verschiedenen Standorten und unterbreitet an folgenden Tagen an folgenden Orten Impfangebote:

- Montag: 11:00 Uhr bis 16:00 Uhr im Kreishaus in Bad Schwalbach
- Dienstag: 10:00 Uhr bis 18:00 Uhr in der Impfstation im Wiesweg 7 in Eltville
- Mittwoch 11:00 Uhr bis 17:00 Uhr im Gesundheitsamt in Idstein
- Donnerstag: 10:00 Uhr bis 14:30 Uhr flexibel in Einrichtungen (u. a. in Gemeinschaftsunterkünften) und von 14:30 Uhr bis 18:00 Uhr in der Impfstation im Wiesweg 7 in Eltville
- Freitag: 10:00 Uhr bis 18:00 Uhr in der Impfstation im Wiesweg 7 in Eltville

Der Vertrag mit der Firma Ecolog ist vorerst befristet bis zum 30. September 2022.

6. Unterstützung bei der Umsetzung der Maßnahmen in Schulen und KiTas

Die KiTas befinden sich im Regelbetrieb unter Pandemiebedingungen. Seit der Veröffentlichung der Corona-Basischutzverordnungen gelten für den Betrieb der KiTas keine Einschränkungen mehr. Das Land Hessen hat angekündigt, für alle Kinder in KiTas und Kindertagespflege bis zum Beginn der Sommerferien 2022 die Kosten für zwei Schnelltests pro

Woche weiterhin zu 50 Prozent zu übernehmen, ohne jedoch eine konkrete Fördersumme zu nennen. Das ursprünglich vom Land bis zum 4. Februar 2022 zugesagte Budget ist mittlerweile deutlich überschritten.

An den Schulen findet Präsenzunterricht statt. Seit der Veröffentlichung der Corona-Basischutzverordnungen gelten auch an den Schulen keine Einschränkungen mehr. Aus dem Sondervermögen „Hessens gute Zukunft sichern“ hat der Rheingau-Taunus-Kreis als Schulträger u.a. für 655 Unterrichtsräume Luftreinigungsgeräte angeschafft.

7. Personelle Situation des Gesundheitsamtes

Das Gesundheitsamt wird mit Stand vom 5. Juli 2022 wie folgt personell verstärkt: Zehn befristete Neueinstellungen des Kreises, zehn Abordnungen des Bundesverwaltungsamtes/RKI (Containment-Scouts), eine Abordnung aus der Gemeinde Schlangenbad.

Aus der Kreisverwaltung sind zwei Personen aus anderen Organisationseinheiten ganz oder teilweise in das Gesundheitsamt abgeordnet. Im Rahmen der Schnellen Hilfe-Gruppe stehen aktuell für die Bewältigung von Belastungsspitzen derzeit 27 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als Unterstützung abrufbar zur Verfügung. Dies bedeutet bei Einsatz der Schnellen Hilfe-Gruppe, dass sich einerseits über das Gesundheitsamt hinaus auch in anderen Organisationseinheiten viele Überstunden ansammeln, und andererseits, dass die Serviceleistungen der Kreisverwaltung in anderen Bereichen nicht in gewohntem Umfang zur Verfügung stehen können. Jedoch ist die Unterstützung durch die Schnelle Hilfe-Gruppe seit April 2022 selten bis gar nicht mehr erforderlich.

Das Corona-Team des Gesundheitsamtes arbeitet seit Mai 2022 nicht mehr an den Samstagen und Sonntagen. Lediglich die ärztliche Rufbereitschaft steht an Wochenenden für dringende, nicht aufschiebbare Rückfragen als Ansprechpartner für die Leitstelle zur Verfügung.

8. Aktuelle Lage

Mit Stand vom 19. Juli 2022, 6:00 Uhr, lag die 7-Tage-Inzidenz im Rheingau-Taunus-Kreis gemäß Dashboard des RKI bei 1.310,3 bei 2.456 Neuinfektionen in den letzten 7 Tagen bei insgesamt steigender Tendenz. Für die Bestimmung der Beschränkungsregelungen sind seit dem 16. September 2021 jedoch zwei andere Werte maßgeblich, die hessenweit ermittelt werden: Mit dem aktuellen Stand im Bulletin des HMSI beträgt die Hospitalisierungsinzidenz in Hessen 7,01 pro 100.000 Einwohner. Mit letztem Stand vom 18. Juli 2022 sind in Hessen 123 Betten auf Intensivstationen mit Patienten mit einer COVID-19-Erkrankung belegt. Diese drei Indikatoren betrachtet das Land Hessen als maßgeblich für das Ergreifen weiterer Schutzmaßnahmen, ohne sich dabei auf eine jeweilige Größe festgelegt zu haben.

ANLAGE II: Bericht über die Arbeit des Krisenstabes zur Unterbringung und Versorgung Geflüchteter aus der Ukraine

In der 9. Kalenderwoche 2022 wurde die Arbeit des Krisenstabes zur Bekämpfung der Corona-Pandemie um das Themenfeld Unterbringung und Versorgung Geflüchteter aus der Ukraine erweitert. Erstmals wurde das Thema in der gemeinsamen Sitzung von Krisen- und Verwaltungsstab am 4. März 2022 aufgegriffen.

Neben den Mitgliedern des Krisenstabes Corona nehmen für das Thema Unterbringung und Versorgung Geflüchteter aus der Ukraine am Krisenstab teil:

- Frau Alisch, Leiterin des Fachdienstes Flüchtlingsdienst und Migration
- Herr Pfisterer, Leiter des Fachdienstes Ausländerbehörde und Personenstandswesen

Bis zum Berichtsdatum hat der Krisenstab Ukraine 38 und der Verwaltungsstab Ukraine neun Sitzungen absolviert. Aktuell wurden folgende Schwerpunktthemen im Krisen- und Verwaltungsstab bearbeitet:

1. Fachstelle Ukraine

Zunächst wurde von den Fachdiensten Migration und Ausländerbehörde eine Fachstelle für Geflüchtete aus der Ukraine in der Tannenwaldklinik in Bad Schwalbach mit zwei Außenstellen in Idstein und Rüdesheim eingerichtet. Eine Hotline und ein Funktionspostfach zu Fragen rund um und für Geflüchtete aus der Ukraine wurde ebenfalls eingerichtet und in der Presse und auf der Homepage des Kreises veröffentlicht. Die Betreuung der Hotline und des Funktionspostfaches liegt mittlerweile beim JobCenter.

Im Zuge der Überleitung der Trägerschaft für Sozialleistungen für Geflüchtete aus der Ukraine in das SGB II wurde die Organisationsstruktur verändert und die Fachstelle in ihrer ursprünglichen Form aufgelöst.

Die erkenntungsdienstliche Behandlung mit der Personen-Identifizierungs-Komponente, die Registrierung und die Ausstellung von Fiktionsbescheinigungen oder Aufenthaltstiteln nimmt die Ausländerbehörde vor. Die Fiktionsbescheinigung oder der Aufenthaltstitel sind Voraussetzung für die Beantragung von Leistungen nach dem SGB II beim JobCenter. Geflüchtete, die nicht darüber verfügen, erhalten vom Fachdienst Migration Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Geflüchtete aus der Ukraine, die dem Rheingau-Taunus-Kreis über die Hessische Erstaufnahmeeinrichtung in Gießen zugewiesen werden, wurden dort bereits erkenntungsdienstlich behandelt und verfügen über eine Fiktionsbescheinigung. Geflüchtete aus der Ukraine, die direkt in den Rheingau-Taunus-Kreis einreisen, müssen zunächst durch die Ausländerbehörde registriert und erkenntungsdienstlich behandelt werden. Die Kapazitäten der Personen-Identifizierungs-Komponente sind allerdings begrenzt und der zur Verstärkung vom Land Hessen gelieferte Lifescanner war wochenlang nicht einsatzfähig. Der Betrieb konnte erst in der 28. Kalenderwoche aufgenommen werden.

Bis zum Berichtsdatum wurden durch die Ausländerbehörde 2.495 Geflüchtete aus der Ukraine registriert und vom JobCenter für 716 Bedarfsgemeinschaften mit 1.465 Personen Leistungen gewährt oder geprüft. 221 Personen haben sich mit Wegzug bereits wieder abgemeldet.

2. Unterbringung und Wohnraum

In der Bevölkerung besteht eine große Bereitschaft, für Geflüchtete Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Bis zum Berichtsdatum gingen beim Fachdienst Migration 363 private Wohnangebote ein, von denen 225 vermittelt werden konnten. Vom Fachdienst Migration werden die Angebote unter der Email-Adresse wohnraum_fuer_gefluechtete@rheingau-taunus.de gesammelt und vermittelt.

Nachdem die Kapazitäten der bisherigen Gemeinschaftsunterkünfte im Kreis erschöpft waren, wurde mit dem Schloss Reinhardshausen in Eltville eine weitere Gemeinschaftsunterkunft und mit der Sporthalle der Rheingauschule in Geisenheim eine erste Notunterkunft geschaffen. Beide Unterkünfte bieten Platz für über 200 Personen. Der Vertrag mit dem Schloss Reinhardshausen wurde zum 30. September 2022 gekündigt. Die dort untergebrachten Personen werden auf andere Gemeinschaftsunterkünfte, in denen Kapazitäten frei geworden sind oder die in verschiedenen Kommunen des Kreises neu angemietet wurden, verteilt oder in Privatwohnungen vermittelt.

In der Notunterkunft in der Sporthalle der Rheingauschule in Geisenheim sind meist etwas über 100 Personen untergebracht. Jeden Montag kommen hier zwischen 10 und 20 Personen aus der Hessischen Erstaufnahmeeinrichtung in Gießen als Zuweisung in den Rheingau-Taunus-Kreis an. Die Unterbringung in der Notunterkunft soll nur vorübergehend sein, bis Platz in den Gemeinschaftsunterkünften frei wird oder die Geflüchteten privat Wohnraum finden.

Insgesamt hat der Rheingau-Taunus-Kreis in seinen Gemeinschaftsunterkünften und der Notunterkunft rund 360 geflüchtete Personen aus der Ukraine untergebracht. Die meisten Geflüchteten aus der Ukraine sind privat untergekommen.

3. Medizinische Versorgung

Mittlerweile erhalten alle Geflüchtete, die zunächst in der Hessischen Erstaufnahmeeinrichtung in Gießen aufgenommen werden, dort eine medizinische Grundversorgung mit Impfungen, TBC-Untersuchung usw., sodass nach Zuweisung in den Rheingau-Taunus-Kreis dahingehend nichts mehr zu veranlassen ist.

4. Sonstiges

Im Gegensatz zum Zugang der Flüchtlinge 2015/16 befinden sich unter den Geflüchteten aus der Ukraine deutlich mehr Kinder. Seitens des Schulamtes wurde darauf reagiert und die Anzahl der Deutsch-Intensivklassen kreisweit auf 30 erhöht (siehe Seite 9). Die Versorgung von ukrainischen Kindern mit KiTa-Plätzen verläuft weniger zügig, weil einerseits das HMSI auf vollständigem Masern-Impfschutz besteht und in Kommunen mit Wartelisten für die Kitas die ukrainischen Kinder zunächst auch auf der Warteliste verbleiben müssen.

Breiten Raum nimmt der Versuch ein, ein komplettes Waisenhaus mit teilweise behinderten Kindern aus der Gegend um Cherson in den Rheingau-Taunus-Kreis zu evakuieren. Der Krisenstab steht hier im ständigen Kontakt mit den zuständigen Bundes- und Landesbehörden. Die Bemühungen sind jedoch ins Stocken geraten, seit die russische Armee das Waisenhaus abriegelt hat und die Evakuierung dadurch verhindert wird.

Nachfolgend ANLAGEN

- III: Schreiben an Herrn Ministerpräsidenten Volker Bouffier zum Thema „Straßen- ausbaubeiträge“ vom 26. Juni 2019
- IV: Erhebung des Bundes der Steuerzahler Hessen e. V zu Kommunalsteuern im Rheingau-Taunus-Kreis

Herrn Ministerpräsidenten
Volker Bouffier
Hessische Staatskanzlei
Georg-August-Zinn-Str. 1
65183 Wiesbaden

Frank Kilian
Landrat

Bad Schwalbach, 26. Juni 2019

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

im Rheingau-Taunus-Kreis – wie in vielen anderen Hessischen Landkreisen – beschäftigt die Bürgerinnen und Bürger sowie deren kommunalen Vertretungen das Thema Straßenausbaubeiträge derzeit stark.

In der zurückliegenden Sitzung des Kreistags am 18. Juni 2019 wurde daher der einstimmige Beschluss gefasst, die Hessische Landesregierung mit dem Ziel der Abschaffung der kommunalen Straßenausbaubeiträge bei Kostenausgleich durch das Land um unverzügliches Tätigwerden zu bitten.

Grundlage dieses Appells ist eine Ihnen sicher schon bekannte gemeinsame Erklärung aller Bürgermeister der 17 kreisangehörigen Städte und Gemeinden vom 12. April dieses Jahres.

Nicht zuletzt die zwingende Konsolidierungspflicht im Nachgang der Finanzkrise 2007/8 mit ihren erheblichen negativen Auswirkungen auf die kommunalen Haushalte hat dazu geführt, dass in vielen – wenn nicht sogar den meisten – Städten und Gemeinden im Land Hessen solche Beitragssatzungen erlassen worden sind. Durch die Beschlusslage des Hessischen Landtags ist es den Kommunen nun wiederum grundsätzlich freigestellt, solche Beiträge zu erheben.

Es ist offensichtlich, dass nicht zuletzt die Steuer- und Finanzstärke und der Grad der kommunalen Abundanz einen besonderen Einfluss auf die Anwendung dieses kommunalen Satzungsrechtes hat. Von einer Gleichbehandlung mit dem Ziel gleiche/gleichwertige Verhältnisse im Rheingau-Taunus-Kreis oder im Land Hessen zu schaffen, kann somit nicht die Rede sein.

Daneben ist eine weitere Gerechtigkeitslücke zu konstatieren. Nur schwer mit dem Gleichbehandlungsgrundsatz vereinbar ist es, wenn bspw. die Anlieger eines Straßenzuges mit zum Teil finanziell erheblichen Eigenbeiträgen belastet werden, aufgrund einer nachfolgenden Aufhebung dieser Satzung aber erneut bspw. über eine anzuhebende Grundsteuer B zusätzlich an späteren (anderen) Ausbaurkosten beteiligt werden. Dieses Gerechtigkeitsproblem haben weder die Bürgermeister, noch die örtlichen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger zu verantworten. Dies ist vielmehr ebenfalls Konsequenz der bisherigen und geltenden Vorgaben des Landes.

Aus diesem Grund wurde der Forderung der Bürgermeister durch den Kreistag des Rheingau-Taunus-Kreises Nachdruck verliehen; es soll der Grundstein für zukünftig klare und einheitliche Regelungen sowie eine Kostenübernahme durch das Land Hessen erwirkt werden.

Der Niederschriftsauszug zum Tagesordnungspunkt in der zurückliegenden Kreistagssitzung sowie die Bürgermeister-Erklärung sind diesem Schreiben als Anlage beigefügt.

Sehr geehrter Herr Bouffier, im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger würde ich mich sehr freuen, wenn sich die Hessische Landesregierung den gerechtfertigten Forderungen der Bürgermeister und des Kreistages des Rheingau-Taunus-Kreises anschließen könnten.

Hierfür danke ich Ihnen recht herzlich.

Mit freundlichen Grüßen

Frank Kilian
Landrat

Kommunale Steuern im Rheingau-Taunus-Kreis im Jahr 2021

Stadt/Gemeinde	Hebesatz in Prozent (Veränderung zu 2020)															
	Gewerbe- steuer	Grundsteuer		Hundesteuer (in Euro)		Pferde- steuer	Spielapp- arate-steuer	Vergnügung- steuer	Kulturförder- abgabe	Wettauf- wandsteuer	Zweitwoh- nungs- steuer	Straßenbeiträge		Defizitärer Haushalt		Verabschie- dung
		A	B	1. Hund	Für gefährliche Hunde							einmalig	wiederkeh- rend	laut Plan	Ausgleich möglich ¹	
Aarbergen	400	450	450	72,00	432,00	nein	ja	nein	nein	nein	nein	nein	nein	nein	nein	ja
Bad Schwalbach	387	417	760	120,00	720,00	nein	ja	nein	nein	nein	ja [10%]	ja	nein	ja	o.	ja
Eltville	390	600	520	72,00	750,00	nein	ja	nein	nein	nein	ja [10%]	ja	nein	ja	a.o.	ja
Geisenheim	380	480	480	84,00	600,00	nein	ja	nein	nein	nein	nein	ja	nein	nein	nein	ja
Heidenrod	390	335	365	60,00	720,00	nein	ja	nein	nein	nein	nein	ja	nein	nein	nein	ja
Hohenstein	369	380(+37)	735(+260)	66,00	480,00	nein	ja	nein	nein	nein	nein	nein	ja	nein	nein	ja
Hünstetten	380	420	495	75,00	400,00	nein	nein	nein	nein	nein	nein	nein	nein	ja	o.	ja
Idstein	420	450	450	60,00	720,00	nein	ja	nein	nein	ja	nein	nein	ja	ja	o.	ja
Kiedrich	410	500	650	72,00	600,00	nein	ja	nein	ja	nein	nein	ja	nein	nein	nein	ja
Lorch	400(-50)	950(+600)	1050(+365)	90,00	600,00	nein	ja	nein	nein	nein	nein	ja	nein	ja	o.	ja
Niedermhausen	410	560	560	72,00	720,00	nein	ja	nein	nein	nein	nein	nein	nein	ja	a.o.	ja
Oestrich-Winkel	390	490	590	73,00	600,00	nein	ja	nein	nein	nein	ja [10%]	nein	ja	ja	a.o.	ja
Rüdesheim	370	480	480	70,00	-	nein	ja	nein	nein	nein	nein	nein	nein	nein	nein	ja
Schlangenbad	390	473	592	120,00	600,00	ja	ja	nein	nein	nein	nein	ja	nein	ja	o.	ja
Taunusstein	380	505	505	60,00	600,00	nein	ja	nein	nein	ja	nein	nein	nein	ja	a.o.	ja
Walderns	380	380	380	90,00	600,00	nein	nein	nein	nein	nein	nein	ja	nein	ja	o.	ja
Walluf	357	332	365	62,40	900,00	nein	ja	nein	nein	nein	nein	nein	nein	nein	nein	ja
Ø Rheingau-Taunus	388(-6)	482(+37)	555(+40)	78(+2)	581,00 €	1 von 17	15 von 17	0 von 17	von 17	2 von 17	3 von 17	8 von 17	3 von 17	10 von 17	17 von 17	17 von 17

¹ durch Entnahme der ordentlichen (o.) oder außerordentlichen (a.o.) Rücklage

Quelle: Steuerumfrage des BdSt Hessen e.V., Angaben der Städte und Gemeinden

Anlage IV

Grundsteuer B- Hebesatz

< 300
300-399
400-499
500-599
600-699
700-799
> 800

Quelle der Ursprungskarte:
Hagar66 / CC0
via Wikimedia Commons